Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 88 (1994)

Heft: 2

Rubrik: Zeichen der Zeit : vom "realen Sozialismus" zum "National-Sozialismus"?

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Vom «realen Sozialismus» zum «National-Sozialismus»?

Dass der Sozialismus, der sich für «real existierend» hielt, nicht mit Demokratie sich verbinden, nicht in demokratischem Sozialismus sich «aufheben» konnte, hat in der «postkommunistischen» Gesellschaft – und nicht nur hier – ein gefährliches Vakuum hinterlassen. «Markt total» ist keine Alternative, gerade weil er sich für die einzige Alternative hält.[1] Markt, der von keinerlei Ethik gesteuert und begrenzt wird, steht für Orientierungslosigkeit, Armut und Demütigung. Die Revolte gegen diesen Totalitarismus des Marktes ist denn auch in vollem Gang. Aber wo sie in demokratischem Sozialismus keine Alternative hat, sucht sie Halt in religiösen und nationalistischen Fundamentalismen. Der unheimliche erste Sieger der russischen Wahlen vom 12. Dezember 1993, Wladimir Wolfowitsch Schirinowski, schlägt Kapital aus der Angst vor der brutalen Eiseskälte der kapitalistischen Moderne, die Russlands «Seele» zerstören will, und propagiert einen «National-Sozialismus mit menschlichem Gesicht»[2].

Russisches Menetekel

Aus den russischen Parlamentswahlen gingen *Schirinowskis «Liberaldemokraten»* mit 25 Prozent der Stimmen als stärkste Partei hervor. Die Reformpartei des Harvard-Ökonomen und ehemaligen Vizepremiers Igor Gaidar folgte mit 13 Prozent und die Kommunistische Partei mit 11 Prozent der Stimmen. Das neue Parlament unterscheidet sich kaum vom alten, auch schon vom Volk gewählten, das der «Demokrat» Jelzin gewaltsam verjagt hat. Auf Antrag der Kommunistischen Fraktion gedachte die Duma schon an ihrer ersten Sitzung der Menschen, die beim Sturm auf den im Weissen Haus verbarrikadierten Obersten Sowjet ums Leben gekommen waren.

Zwar propagiert Schirinowski einen «National-Sozialismus ohne Hitlerismus». Dieses Minuszeichen ist jedoch kein Anlass zur Beruhigung. Der Kriegshetzer denkt an eine gigantische Aufrüstung für *imperialistische Expansionspläne*. Deutschland droht er mit einem «dritten Weltkrieg», Japan mit einem neuen «Hiroshima». Den Litauerinnen und Litauern will er den atomaren Abfall mit riesigen Ventilatoren hinüberblasen. Polen soll von der Landkarte verschwinden, Ostpreussen zwischen Deutschland und Russland aufgeteilt werden. Finnland, die Ukraine und die baltischen Staaten gehören nach Schirinowski «heim ins Reich». Zwischen den verfeindeten Völkern am Rande der ehemaligen Sowjetunion soll Krieg geschürt werden, um sie besser zu beherrschen: «Sie werden sich gegenseitig abschlachten – Armenier gegen Aseri, Türken gegen Armenier, Bergvölker gegen Türken, Afghanen gegen Tadschiken und so weiter» (Spiegel, 20.12.93). Russlands Soldaten sollen den Süden erobern und «im Indischen Ozean ihre Stiefel waschen». Die Jüdinnen und Juden will der Antisemit nach Israel, die Musliminnen und Muslime «nach Mekka» vertreiben...

Was diesen «National-Sozialismus» besonders gefährlich macht, ist das *gesellschaftliche Vakuum,* in das er vorstösst: Eine ganze Lebenskultur muss dem allmächtigen Dollar weichen, eine bescheidene, aber doch vorhandene soziale Sicherheit wird dem Profit geopfert, Reklamebilder einer materialistischen Konsumgesellschaft provozieren die Menschen, denen das Nötigste fehlt. In Moskau seien

«Diskussionsthemen heute nicht mehr das Bolschoi-Theater, Literatur und Malerei, sondern Geld und Sex», lesen wir in der unverdächtigen NZZ (4.1.94). Was als «Privatisierung» verkauft wird, bringt kaum Unternehmer und Unternehmerinnen hervor, wohl aber einen mafiosen Kapitalismus, in dem Teile der alten Nomenklatura, aber auch Dealer und Spekulanten obenaufschwingen. Demokratie wäre selbst in einem traditionell demokratischen Land gefährdet, dessen Volk derart der materiellen und kulturellen Verarmung ausgesetzt und gedemütigt würde. «Es darf nicht alles umsonst gewesen sein», sagen sich die Gefolgsleute Schirinowskis, die selbst als nationalistische Antikommunisten eher bereit sind, hinter Lenin- und Stalin-Porträts zu marschieren, als ihre Biographien nach «westlichen» Massstäben entwerten zu lassen. Noch ist der Zusammenbruch der Sowjetunion nicht verarbeitet. Revanchistische Sehnsucht nach alter Grösse macht sich breit. Frustrierte Individuen sehnen sich nach dem mächtigen Kollektiv: Wenn es den andern schon besser geht, sollen sie wenigstens vor uns erzittern.

Was diesem «National-Sozialismus» zusätzlich Auftrieb gibt, ist seine Akzeptanz im *eigenen Land.* Schirinowski kann sich auf weite Teile der Armee und des neuen militärisch-industriellen Komplexes stützen. Selbst der Staatspräsident signalisierte in seiner Neujahrsansprache eine aggressivere Aussen- und Rüstungspolitik. Er übernimmt Postulate des Widersachers, und sei es auch nur mit der gefährlich-kontraproduktiven Absicht, ihm das populistische Terrain abzugraben. Jelzins Wahlstrategie war es schon gewesen, den Ultranationalisten zum «nützlichen Idioten» gegen die Kommunistische Partei aufzubauen, um deren Wählerpotential zu spalten. Gegen den «Kommunismus» faschistische Kräfte zu mobilisieren, war noch stets die Strategie des Kapitals, als dessen Vollzugsgehilfe Jelzin sich darstellt.

Das Phänomen «Schirinowski» steht schliesslich in einem *internationalen Kontext,* der es nicht weniger bedrohlich macht: Frankreichs Le Pen gratulierte nach der Duma-Wahl zum «glänzenden Erfolg»: «Überall in Europa erheben sich die Völker und fordern ihre Würde und Identität zurück» (Spiegel, 3.1.94). In Schönhubers Deutschland wittern die Rechtsextremisten aller Schattierungen Morgenluft, unterstützt von Jugendlichen, die hinter der Hakenkreuz-Fahne marschieren und «Deutschland den Deutschen» brüllen. In Finis Italien kandidiert die Duce-Enkelin Allessandra Mussolini als Bürgermeisterin Neapels und erhält 44 Prozent der Stimmen. In Haiders Österreich werden Menschen, die für die Rechte der Asylsuchenden eintreten, mit Briefbomen angegriffen. Und überall in Ost und West macht sich der Antisemitismus, diese älteste Seuche des «christlichen Abendlandes», breit. «Bosnien» zeigt, wohin das alles führt. Wenn es so weiter geht, kann ganz Europa ein einziges «Bosnien» werden.

Der demokratische Sozialismus – die fehlende Alternative

Die «postkommunistische» Gesellschaft ist auf der notwendigen Suche nach neuer Grundorientierung. In der Logik, ja Ethik der Geschichte (wenn es das gäbe) läge eine neue *politische Identität,* die den Sozialismus nicht der Totalliquidation durch den Kapitalismus ausliefern, sondern das alte System demokratisieren und liberalisieren, in eine Gemeinschaft freier und solidarischer Menschen überführen würde. Das Gefühl des «Sowjetmenschen», durch sein System einzigartig zu sein, müsste nicht brutal zerstört, sondern könnte in einer neuen Synthese von Solidarität, Freiheit und Demokratie «aufgehoben» werden – was die Verarbeitung vergangenen Unrechts ein- und nicht ausschliessen würde.

Es sind erst wenige Jahre her, da war das Problem nicht der Sozialismus, sondern die ihm fehlende politische und ökonomische Demokratie. Drei Zitate ganz unterschiedlicher Herkunft mögen es belegen:

– «Wir Arbeiter müssen uns als Hausherren dieser Erde und dieser Betriebe fühlen, und so werden wir arbeiten.»

– «Von Sozialisierung kann man nur dann sprechen, wenn der Subjektcharakter der Gesellschaft garantiert ist, das heisst, wenn jeder den vollen Anspruch hat, sich zugleich als Miteigentümer der grossen Werkstätte zu betrachten, in der er gemeinsam mit allen anderen arbeitet.»
– «Im gesellschaftlichen Bewusstsein setzt sich immer mehr der einfache und klare Gedanke durch, dass ein Mensch nur dann in seinem Haus Ordnung schaffen kann, wenn er sich dort als Hausherr fühlt... Aus diesem Grund ist die Weiterentwicklung der Demokratie in der Produktion die wichtigste Richtung bei der Vertiefung und Erweiterung der sozialistischen Demokratie insgesamt.»

Die Zitate stammen von Männern (dies allerdings verrät ihre Sprache), die den historischen Umbruch von 1989 vorbereitet haben: das erste aus *Lech Walesas* Rede am 31. August 1980 in der Danziger Leninwerft[3], das zweite von Papst *Johannes Paul II.* in seiner Sozialenzyklika «Über die Arbeit» vom 14. September 1981[4] und das dritte von *Michail Gorbatschow* am 27. Januar 1987 vor dem Zentralkomitee der KPdSU[5]. Gemessen am gemeinsamen Ziel einer Wirtschaftsdemokratie sind diese drei ungleichen Zeitgenossen gleich kläglich gescheitert. Sie lassen sich kaum noch bei ihren damaligen Äusserungen behaften. Einzig Johannes Paul II. scheint seines ideologischen Sieges im Kalten Krieg nicht mehr froh zu werden. In einem Interview mit La Stampa sagt der Papst heute: «Die Vertreter des extremen Kapitalismus neigen dazu, auch die guten Dinge zu übersehen, die der Kommunismus mit sich brachte: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Sorge um die Armen...» (TA 9.11.93).

Tatsache ist, dass noch vor wenigen Jahren eine Alternative absehbar gewesen wäre, die eine ganz andere Entwicklung in den ehemals realsozialistischen Ländern hätte eröffnen können. Dieser *Dritte Weg zwischen «realem Sozialismus» und Kapitalismus* hätte Wirkung gehabt in Ost und West. Statt die Fremdbestimmung der Staatsdiktatur durch die Fremdbestimmung privater Multis oder privatisierter Monopole zu ersetzen, wäre den arbeitenden Menschen die Möglichkeit offengestanden, sich von der einen Fremdbestimmung zu befreien, ohne der andern anheimzufallen. Das Staatseigentum, das heute an Private verschleudert wird, ist wirklich Volkseigentum gewesen, da es von der arbeitenden Bevölkerung gemeinsam erwirtschaftet wurde. Unter demokratischen Bedingungen hätten die Arbeitenden die Verfügungsmacht über dieses Kollektiveigentum auch tatsächlich erlangen können. Unter dem «realen Sozialismus» blieb ihnen die Entscheidung über das gemeinsame Eigentum verwehrt, jetzt wird es ihnen überhaupt weggenommen und an Private oder gar an mafiose Organisationen verschachert. So löst der eine Betrug den andern ab. Dieser doppelte Betrug an der gleichen Generation kann nur tiefe Frustration hinterlassen.

Fassungslos muss die Bevölkerung in den ehemals «realsozialistischen» Staaten dem *Abbruch sozialer und kultureller Leistungen* zusehen, die eben noch selbstverständlich waren, zu Sicherheit (und zwar auch vor Kriminalität) und Identitätsfindung beitrugen. Die sozialen Grundrechte auf Arbeit, Wohnung, Bildung, Kultur, medizinische Versorgung und soziales Existenzminimum werden plattgewalzt, auch wenn eine neue Verfassung wie die russische sie besonders hervorhebt. Diese Menschenrechte, die im Kapitalismus noch nie verwirklicht wurden, weisen ebenfalls in Richtung Dritter Weg. Vor allem das Recht auf Arbeit hat sozialethisch den Vorrang vor der Eigentums- und Wirtschaftsfreiheit. Wenn Millionen von Menschen keine Erwerbsarbeit haben, dann wird dadurch nicht das Recht auf Arbeit in Frage gestellt, sondern das Wirtschaftssystem, das den Menschen dieses Recht verweigert.

Es ist gewiss nicht einfach, das Recht auf Arbeit mit einer Marktwirtschaft in Einklang zu bringen. Aber genau an dieser Aufgabe entscheidet sich, ob eine Marktwirtschaft sozial ist oder nicht. Dasselbe wäre von den andern *sozialen*

Grundrechten zu sagen. An ihnen ist eine Wirtschaft zu messen, an ihnen gemessen, hat die Marktwirtschaft den Systemwettbewerb mit dem «realen» oder «real» gewesenen Sozialismus noch in gar keiner Art und Weise gewonnen.

Wer beerbt den Dritten Weg?

Gibt es nur die Wahl zwischen den beiden Übeln (und gleichzeitig Fundamentalismen) des totalen Marktes und des Nationalismus oder gar «National-Sozialismus»? Die *europäische Sozialdemokratie,* die in ihren Programmen den Dritten Weg zu verheissen schien, leistete nach 1989 keinen einzigen Beitrag zur Erhaltung der sozialen Grundrechte und zur Demokratisierung der Wirtschaft in den ehemals «sozialistischen Staaten». In Ermangelung einer eigenen Alternative propagierten die sozialdemokratischen Parteien den Export des kapitalistischen Systems, das sie eh noch zu überwinden vorgaben. Was Jean Ziegler der SPS vorwirft, lässt sich verallgemeinern: «Plötzlich entdecken wir, dass die Sozialdemokratie gar keine eigene ideologische Identität hat. Sie dient demselben Produktionssystem, derselben inegalitären Staatsauffassung, derselben marktorientierten Weltsicht wie ihre angeblichen politischen Gegner. Es ist ihr nicht gelungen, die humanistischen Ideen ihrer Gründerzeit umzusetzen in einen Kodex des realitätsverändernden kollektiven Handelns» (Weltwoche, 20.1.94).

Die westeuropäische Sozialdemokratie ist nun die Gefangene ihrer Versäumnisse. Das Kapital, einmal von der Drohung einer kommunistischen Alternative befreit, kann die *sozialpolitischen Konzessionen* an die Arbeiterbewegung ungestraft *widerrufen.* Dem System fehlt, was ihm angeblich so wichtig ist: die Konkurrenz. «Privatisierung» und «Deregulierung» heissen die neuen Schlagworte des alten Klassenkampfs von oben. Sie sind umso wirksamer, je mehr die Linke sich auf die Logik des Kapitals einlässt, je weniger sie in der Lage ist, die kommunistische wie die kapitalistische Alternative durch diejenige eines Dritten Wegs zu ersetzen.

Diese Fehlentwicklung der Sozialdemokratie könnte sich als Katastrophe von historischem Ausmass erweisen. Wer keine Hoffnung mehr auf Sozialismus hat, aber sein bisschen Stolz und Würde auch nicht einfach dem Markt «opfern» will, lässt sich nur zu leicht vom Nationalismus blenden. Und schon regrediert er oder sie in die scheinbare Geborgenheit des ethnischen Kollektivs. Seit dem Anschluss der DDR an die BRD gilt «Nation» wieder als Erfolgsmodell (mag es daneben noch so unsozial sich auswirken). Besser wäre es gewesen, die DDR hätte ihren eigenen Weg gefunden. Doch dazu fehlte die Alternative. In diesem *Teufelskreis* dreht sich seither die Geschichte.

Die Zeit drängt. Der Faschismus nutzt die Krise der Sozialdemokratie und beerbt nun auf seine Weise den Dritten Weg. In einem Spiegel-Gespräch (20.12.93) macht Schirinowski sich stark «für eine *gemischte Wirtschaft,* aber ohne Zerstörung des Staatssektors in Stadt und Land, gegen die Auflösung der Kolchosen». Da die Kombinate nicht nur für die Erhaltung der Arbeitsplätze unentbehrlich sind, sondern auch ein ganzes soziales Netz vom Essen bis zum Wohnen und vom Kindergarten bis zur medizinischen Versorgung gewährleisten, müsste ein demokratischer Sozialismus diese Forderung nicht ablehnen, sondern konkret einlösen und durch Demokratie von unten, durch echte Selbstverwaltung überbieten. Ob das von der Kommunistischen Fraktion der Duma eingebrachte Gesetz über die Rechte der Arbeitskollektive diese Aufgabe leistet, bleibt abzuwarten. Entsetzte Radikalreformer wie Gaidar meinen, dieses Gesetz «würde voll ausreichen, um die Marktwirtschaft in Russland lahmzulegen» (Spiegel, 24.1.94). Als ob es schon Markt gäbe, wenn staatliche Monopole in private umgewandelt würden, als ob eine soziale Marktwirtschaft nur durch den Import des kapitalistischen Gesellschaftsrechts möglich wäre, und als ob nicht auch Selbstverwaltung den Markt und die Wirt-

schaft «wiederbeleben», «revitalisieren» könnte.

Für den Dritten Weg entscheidend wird auch das künftige *Bodenrecht* sein. Sämtliche ehemals «sozialistischen Staaten» standen oder stehen zum Teil noch vor der einzigartigen Möglichkeit, das Verfügungseigentum an Grund und Boden zu behalten und nur das Nutzungseigentum den Privaten zu überlassen, die Immobilien dadurch der Spekulation zu entziehen und einer sachgerechten, demokratisch steuerbaren Bewirtschaftung zuzuführen. Ein Ausverkauf an Kapitalinteressen des In- und Auslands würde so nicht stattfinden. Trotzdem könnten Investoren weitsichtig planen, da ihnen ja ein langfristiges Nutzungsrecht, eine Art Pachtrecht, gewährt bliebe. Ähnliche Ideen vertritt der ehemalige Präsident des deutschen Kartellamtes, Wolfgang Kartte, der heute im Auftrag der Bonner Regierung die russische Regierung berät (vgl. NZZ, 20.1.94). IWF und Weltbank sehen das natürlich ganz anders. Zu ihren Auflagen gehört die uneingeschränkte Privatisierung des Bodens. Wer wird dieses zentrale Element eines Dritten Wegs beerben, ein demokratischer Sozialismus, um neue Ausbeutungsverhältnisse nicht entstehen zu lassen, oder der «National-Sozialismus», um den «Ausverkauf Russlands» zu verhindern?

Werden die ehemals *kommunistischen Parteien* die Kraft aufbringen, sich als Alternative neu zu definieren? Noch ist unklar, ob Russlands KP sich nicht durch eine Zusammenarbeit mit Schirinowskis «Liberaldemokraten» diskreditiert. Offen bleibt auch, wie der Wahlerfolg der polnischen Exkommunisten zu deuten ist. Dass sie möglichst bald der Nato beitreten möchten, ist nicht gerade eine Referenz für den Dritten Weg, den die westliche Militärallianz noch stets vereitelt hat. Auch die ehemals kommunistischen Parteien Westeuropas erinnern kaum noch an die Alternative, die vordem «Eurokommunismus» hiess. Sie sind sozialdemokratisch geworden und lösen sozialdemokratische Parteien ab, wo diese auch nach aussen bis zur Kenntlichkeit korrupt geworden sind.

Dass Sozialismus in ehemals kommunistischen Parteien nicht ausgedient hat, zeigt die Entwicklung der ostdeutschen *«Partei des demokratischen Sozialismus»(PDS)*. In den Kommunalwahlen von Brandenburg wurde sie stärker als die CDU. Wie der Tages-Anzeiger berichtet, «halten die Ostdeutschen den Sozialismus mehrheitlich nach wie vor für eine gute Sache, die in der DDR nur schlecht verwirklicht worden sei» (8.1.94). Sozialismus, ja selbst Marxismus findet seine nachträgliche Bestätigung in der Desindustrialisierung und Kolonialisierung der ehemaligen DDR durch das westdeutsche Kapital. Sozialismus wäre in Ostdeutschland noch immer mehrheitsfähig, wenn, ja wenn die SPD aufhören würde, die PDS auszugrenzen. Noch kollaboriert die SPD lieber mit einem demokratiefeindlichen Kapital, das den Stimmberechtigten von Potsdam mit einem Investitionsboykott gedroht hat, falls sie den Kandidaten der PDS zum Bürgermeister wählen sollten.

Wo demokratischer Sozialismus glaubwürdig vertreten wird, hat Faschismus keine Chance. Die Alternative ist nicht der totale Markt, sondern die *gesellschaftliche Partizipation* der Menschen, ihre Teilhabe an den ökonomischen Gütern und ihre Teilnahme an den Entscheidungen in Staat und Wirtschaft. Noch immer gilt Max Horkheimers in Vergessenheit geratener Satz: «Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.»[6]

1 Vgl. Franz J. Hinkelammert, Kapitalismus ohne Alternative? in: NW 1993, S. 248ff.
2 In einem Beitrag für die Iswestija, der vom SPIEGEL am 10.1.94 auszugsweise veröffentlicht wurde.
3 Vgl. Zeichen der Zeit, NW 1982, S. 25.
4 Laborem exercens, 14.9.1981, Nr. 14.
5 Die Rede, Hamburg 1987, S. 35/37.
6 Die Juden und Europa, in: Zeitschrift für Sozialforschung, 1939, S. 115.

■